



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

**A-Post**

Eidgenössisches Departement für Um-  
welt, Verkehr, Energie und Kommunika-  
tion UVEK  
Bundesamt für Energie  
Sektion BP  
3003 Bern

	z. K.	Federf.	MitInt.	Sektion
DIR				
BWO				Sachb.
KOM				
BFE				Termin
OFEN				
UFE				Kopie
AEE				
AEW				Akten-Nr.
ARS				
ELC				Erledigt

31. Jan. 2013

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.1321  
Unser Zeichen: sp

Sarnen, 29. Januar 2013

**Energiestrategie 2050: Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 28. September 2012 zur Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und äussern uns dazu wie folgt:

Der Kanton Obwalden begrüsst die Formulierung der neuen Energiestrategie 2050 des Bundes. Er ist bereit, bei der Neuausrichtung der Energiepolitik die ihm zugedachte Rolle wahrzunehmen. Mit dem Energiekonzept 2009 verfolgt unser Kanton bereits Ziele, welche mit der Stossrichtung der vorliegenden Energiestrategie des Bundes übereinstimmen.

Bei der geplanten Neuausrichtung der Energiepolitik geht es um fundamentale Fragen, die weit über den Energiebereich hinaus Auswirkungen insbesondere auch struktureller Art haben und für mehrere Generationen von Bedeutung sein werden. Weil der Prozess zur Energiewende auf einer langen Zeitachse angedacht ist, sind die Ziele und Massnahmen in sinnvollen Abständen zu prüfen und gegebenenfalls neu auszurichten.

Der Kanton Obwalden schliesst sich grundsätzlich der konsolidierten Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen an. Folgende Punkte möchten wir besonders hervorheben:

- Wir begrüssen die Neuausrichtung der Energiepolitik, die sich stärker an der Energieeffizienz und der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen orientiert. Gleichzeitig sollen jedoch primär marktorientierte Ansätze verfolgt werden.
- Die erste Etappe der vorliegenden Energiestrategie 2050 basiert auf der Stärkung bekannter Massnahmen und leitet nur ansatzweise eine neue Energiepolitik ein. Wir bedauern, dass die eigentliche Neuorientierung erst für die zweite Etappe in Aussicht gestellt wird.

- Die in der Vorlage vorgeschlagenen Massnahmen im Mobilitätsbereich liegen hinter den Erwartungen des Bundes gegenüber den Kantonen im Gebäudebereich zurück. Nach Ansicht des Kantons Obwalden ist für diesen Bereich eine ebenso langfristig angelegte, nachhaltige Vision notwendig.
- Die Energieeffizienz im Gebäudebereich muss weiterhin im Zuständigkeitsbereich der Kantone verbleiben.
- Eine massgebliche Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren ist nach Ansicht des Kantons Obwalden durch den Abbau von heute bestehenden Doppelspurigkeiten anzugehen.
- Bereits im Rahmen der ersten Etappe der Energiestrategie 2050 ist der Weg zu einem marktnahen Lenkungssystem gesetzlich vorzugeben. Die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV ist einerseits gesetzlich bis Ende 2020 zu befristen und andererseits ab sofort effizienter auszugestalten. Ziel muss eine maximale Produktion an erneuerbarer Energie pro eingesetzten Förderfranken sein (konsequente Ausrichtung am Kosten-Nutzen-Grundsatz). Dabei sind auch Effizienzinvestitionen bei bestehenden Grosswasserkraftwerken miteinzubeziehen.
- Der Bundesrat schlägt zwei Varianten für die künftige Ausgestaltung der Teilzweckbindung vor. Wir vertreten die Ansicht, dass Variante 2 einen richtigen und effizienten ökonomischen Anreiz setzt, um den Verbrauch an fossilen Brennstoffen zu reduzieren oder den Wechsel auf erneuerbare Energien zu forcieren.
- Der Kanton Obwalden lehnt die im Steuerrecht vorgesehene Anpassung ab. Die zahlreichen bereits heute vorhandenen Abzugsmöglichkeiten verursachen eine immer undurchsichtigere Steuerpolitik und steigern den Vollzugsaufwand.
- Es muss den Kantonen freistehen, ob sie in Zukunft die Vergabe von Fördermitteln im Gebäudebereich an den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) binden wollen oder nicht. Die Voraussetzung eines GEAK für die Ausrichtung von Förderbeiträgen führt zu einer nicht erwünschten Hürde für sanierungswillige Bauherrschaften. Zudem vertreten wir die Ansicht, dass vor allem bei kleineren Bauten wie etwa Einfamilienhäusern die Aufwendungen für die Planung und Einreichung einer Sanierung in einem sehr ungünstigen Verhältnis zu den möglichen Förderbeiträgen stehen. Der GEAK und insbesondere der GEAK plus wird zwar als ein gutes Beratungstool erachtet. Er ist aber nicht für alle Bauten und Situationen sinnvoll anwendbar und soll daher freiwillig bleiben.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir versichern Sie unserer ausgezeichneten Wertschätzung und grüssen Sie freundlich.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Franz Enderli  
Landammann



Stefan Hossli  
Landschreiber